

Gegen Wunschgutachten

Fünf Wirtschaftsverbände der Stadt üben scharfe Kritik am Radverkehrskonzept

VON ULRICH ROHDE

Cuxhaven. In der Diskussion um das Radverkehrskonzept für die Stadt Cuxhaven, das letztlich wegweisend für die Mobilität in den kommenden Jahren sein soll, haben sich auch fünf regionale Wirtschaftsverbände zu Wort gemeldet. Sie bezeichnen das von dem Dienstleister „Energienker“ erstellte Gutachten als reines Interessenpapier für Radfahrer.

Es sei weder ein neutrales Gutachten, noch repräsentativ, so die Verbände. Deshalb lehnen es der Dehoga-Stadtverband, die Kreishandwerkerschaft, die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), der Verkehrsverein Duhnen sowie der Unternehmensverband Cuxhaven Elbe-Weser-Dreieck (UVC) ab. Die Ratsfraktionen von SPD, Grünen und Cuxhavenern hätten das Ziel des Gutachtens vorgegeben, nämlich den motorisierten Individualverkehr aus der Stadt fernzuhalten oder möglichst weitgehend einzuschränken. „Wir sind für die Förderung des Radverkehrs und ein neues Verkehrskonzept, aber

wir lehnen das Wunschgutachten ab“, sagt Andreas Wulf, Vorsitzender des UVC. Das Gutachten der „Energienker“ bezeichnet Wulf als methodisch und wissenschaftlich ungenügend. Es fuße auf veralteten Daten und auf einer dünnen Umfragebasis.

In einer gemeinsamen Stellungnahme an die Stadt listen die fünf Verbände verschiedene Mängel des Gutachtens auf. So seien beispielsweise für die Unfallzahlen mit Radfahrern mehrere Jahre zusammengefasst worden, um die Zahlen möglichst dramatisch wirken zu lassen (409). Ungenannt sei zudem die Zahl der Unfälle geblieben, bei denen Radfahrer Verursacher waren. In der Stadt Hannover waren sie 2021 in 59 Prozent der Fälle für Unfälle verantwortlich. Es liege nahe, dass dies in Cuxhaven ähnlich sei.

Wulf: „Wir sind uns einig, dass der Verkehr klimafreundlicher und der Autoverkehr reduziert werden muss. Aber wir sollten das ohne Gängelei durch die Politik und ohne ideologische Brechstange erreichen.“

Versuch die Bevölkerung zu bevormunden

Die Versuch, die Bevölkerung Cuxhavens zu bevormunden, indem der Individualverkehr in

der Stadt halbiert werden soll, sei kontraproduktiv. „Wir wollen, dass Vernunft und Augenmaß regieren“, so Wulf. Eine Verdrängung des Autoverkehrs aus der Stadt werde lediglich zur Folge haben, dass sich der Verkehr anderswo verdichten werde. Denn die Autos seien nun einmal da und würden nicht ohne Weiteres von selbst verschwinden.

„Wir brauchen auch ein Autoverkehrskonzept im Sinne des Klimaschutzes“, sagt Dehoga-Vorsitzender Kristian Kamp. „Wir hatten 2022 erstmals mehr als vier Millionen Übernachtungen. Dazu kommen noch die Tagesgäste. In der Hauptsaison wächst die Einwohnerzahl der Stadt noch einmal um rund die Hälfte. Aufgrund der Weiträumigkeit der Stadt verteilen sich die Verkehrsströme bisher sehr gut. Es gibt, anders als in anderen Tourismuszentren, keine Staus. Das wird sich aber ändern, wenn Straßen für den Autoverkehr gesperrt werden.“

„Es gibt keine autofreie Mobilität“, sagt Dr. Dirk Timmermann, MIT-Vorsitzender. Auch die E-Mobilität sei noch nicht klimaneutral, sondern speise sich zur Hälfte aus nichtregenerativen Quellen. Hinzu komme das Problem einer ungenügenden Ausstattung mit Ladestationen.

In Wirklichkeit würden bei einer Umsetzung des Konzepts all diejenigen vergessen, die nicht fahrradmobil seien, zum Beispiel alte Menschen und Behinderte.

Erhebliche Einschränkungen für Bevölkerung

Die Wirtschaftsverbände legen Wert auf die Feststellung, dass sie keine singulären Interessen vertreten, sondern für einen Großteil der Unternehmen in der Stadt aber auch deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sprechen. Und für die werde es zu erheblichen Einschränkungen kommen, wenn ausschließlich der Radverkehr in der Stadt Vorrang genieße. Das reicht von fehlenden Parkplätzen über Behinderungen des Lieferverkehrs und der Handwerker bis hin zur schlechteren Erreichbarkeit von Hotels und Restaurants sowie von Arztpraxen.

„Anstatt mit Fahrradstraßen weitere Flächen zu versiegeln, sollten erst einmal die vorhandenen Radwege saniert werden“, meint Andreas Wulf. Gleiches gelte im Übrigen für den öffentlichen Personennahverkehr, der in der Stadt unattraktiv sei und dringend verbessert werden müsse, bevor der Individualverkehr ohne erkennbaren Mehrertrag eingeschränkt werde.